



## Bisheriges Landtagswahlrecht beibehalten

Die Debatte um eine Änderung des baden-württembergischen Landtagswahlrechts hat hohe Wellen geschlagen. Kern der Diskussion ist die Einführung einer Landesliste. Das bisherige Wahlrecht sieht keine Listen vor. In den 70 Wahlkreisen werden 70 Direktkandidaten gewählt. Zusätzlich ziehen 50 weitere Abgeordnete über eine Zweitstimmenauszählung in den Landtag ein. Dabei zählt das prozentuale Ergebnis der Kandidatinnen und Kandidaten im Vergleich mit den anderen Wahlkreisen in einem Regierungsbezirk. Im Parlament sind auf diese Weise nur diejenigen vertreten, die sich vor Ort erfolgreich sowohl dem innerparteilichen Wettbewerb gestellt als auch die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wahlkreis überzeugt haben. Und: Scheidet ein Abgeordneter aus dem Mandat aus, zieht sein ebenfalls direkt im Wahlkreis nominiertes Zweitkandidat ein und nicht ein Zufallsnachrücker von einer Liste. In den Koalitionsverhandlungen haben die Grünen auf die Umstellung auf eine Listenwahl gedrängt. Auf Wunsch der CDU wurde zusätzlich die Beibehaltung des Einstimmenwahlrechts notiert. In monatelangen Gesprächen zwischen Grünen und CDU hat sich zu Beginn des Jahres gezeigt, dass bisher kein neues Wahlrechtsmodell gefunden werden konnte, das allen Ansprüchen zufriedenstellend gerecht wird. Deswegen hat sich die CDU-Landtagsfraktion im Januar gegen eine Wahlrechtsänderung ausgesprochen. Denn durch eine Änderung würde unser bisheriges Wahlrecht weder demokratischer noch würde es den Wählerwillen besser abbilden. Stattdessen würden die Partebasis geschwächt und Parteifunktionäre gestärkt. Es ist auch nicht sicher, dass dadurch mehr Frauen im Landtag vertreten wären. Das wäre nämlich abhängig von den Listenplatzierungen und davon, ob die Landesliste überhaupt zum Einsatz kommt. Ein kürzlich vorgelegter neuer Vorschlag der Grünen wäre laut verschiedener Gutachten nicht verfassungskonform. Ich persönlich halte eine Änderung des Wahlrechts auch nicht für das geeignete Mittel, um die Vielfalt im Parlament zu erhöhen. Stattdessen müssen wir dafür sorgen, dass sich mehr Frauen in den Wahlkreisen bewerben. Das gilt nicht nur für die Landtagswahlen, sondern auch für die Kommunalwahlen. Sie stehen in 2019 wieder an. Ich begrüße daher die Initiative FRIDA, in der sich politisch aktive Frauen im Landkreis Böblingen dafür einsetzen, mehr Frauen für die kommunalen Gremien zu gewinnen. Weitere Informationen gibt es unter [www.frida-frauenpolitik.de](http://www.frida-frauenpolitik.de).

## Schulunterricht stärken und unterstützen

In Baden-Württemberg besteht hoher Handlungsbedarf zur Verbesserung der Qualität des Schulunterrichts. Das haben verschiedene Vergleichsstudien wie zuletzt die IGLU-Studie gezeigt. Bisher hatte das Land regelmäßig vordere Plätze belegt. Die Politik muss nun dringend den Fokus weg von der Umgestaltung der Schulformen und wieder zurück auf die Bildungsinhalte lenken. Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann hat bereits im letzten Jahr ein umfassendes Konzept vorgestellt, um die Qualität und Leistungsfähigkeit unserer Schulen zu verbessern. Dabei werden Schlüsselkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen im Mittelpunkt stehen. Etliche Maßnahmen wurden bereits in Angriff genommen. So wurde die umstrittene Methode „Schreiben nach Gehör“ abgeschafft und zusätzliche Lernzeit für Deutsch und Mathematik an den Grundschulen geschaffen. Die Realschulen haben zusätzliche Poolstunden erhalten, die flexibel für die Förderung besonders leistungsstarker und leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden können. An den Gymnasien wurden die Oberstufe sowie die Abiturprüfung neu konzipiert, um mehr Wahlfreiheit und eine stärkere Profilierung zu ermöglichen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Strukturen hinter den Schulen, die konsequent nach dem aktuellen Stand der Bildungsforschung

umgebaut werden sollen. Dazu gehören auch die Lehreraus- und -fortbildung. Das Kultusministerium richtet dazu zwei neue Institutionen ein. Das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung soll als Beratungsstelle für Schulen dienen und die Lehreraus- und -fortbildung künftig unter einem Dach bündeln. Das Institut für Bildungsanalysen wird für den Aufbau eines Bildungsmonitorings zuständig sein, das die Bildungsprozesse im Land wissenschaftlich begleitet. So können Möglichkeiten für Qualitätsverbesserungen identifiziert werden. Das Zentrum und das Institut sollen im Jahr 2019 ihre Arbeit aufnehmen.

Sabine Kurtz lädt ein zu Vortrag und Diskussion mit

**Dr. Susanne Eisenmann**  
Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

**Mi., 21. März 19:00 Uhr**  
Landesakademie für Jugendbildung  
Malersbuckel 8, 71263 Weil der Stadt



### Sabine Kurtz

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion  
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart  
Tel.: 0711 2063 951  
Fax.: 0711 2063 14 951  
sabine.kurtz@cdu.landtag-bw.de  
www.sabine-kurtz.de



## Neues Polizeibildungszentrum in Herrenberg

Das ehemalige IBM-Schulungszentrum in Herrenberg soll in drei Bauabschnitten zu einem modernen Ausbildungszentrum für die Polizei Baden-Württemberg umgebaut werden. Gemeinsam mit Siegfried Lorek, dem Polizeisprecher der Fraktion, besichtigte Sabine Kurtz die zukünftige Polizeibildungsstätte auf



dem Fichtenberg. Für Sabine Kurtz ist Herrenberg der ideale Standort für die Polizeiausbildung. Denn zusammen mit dem Fortbildungsinstitut in Böblingen und der Polizeihochschule in Villingen-Schwenningen entsteht damit eine starke Bildungsachse im Land. Davon wird auch Herrenberg profitieren. Über die geplanten Umbaumaßnahmen wurden die beiden Landtagsabgeordneten vom Präsidenten der Hochschule für Polizei, Martin Schatz, sowie dem stv. Leiter des Amtes Vermögen und Bau Ludwigsburg, Bernd Hornikel, informiert. Der neue Standort soll voraussichtlich im September 2019 mit rund 480 neuen Ausbildungsplätzen in den Vollbetrieb gehen. Die Maßnahme ist Teil der Einstellungsoffensive des Landes: in den Jahren 2018 und 2019 stellt die Polizei je 1.800 Auszubildende ein.

## Geändertes Hochschulrecht

Die Änderung des Landeshochschulgesetzes, die zum 1. April in Kraft treten soll, stärkt die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen und langfristig auch des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Eine wesentliche Neuerung ist die Einführung einer eigenen Statusgruppe für Doktoranden. Damit erhalten Promovierende erstmals in Deutschland ein Stimmrecht in den Hochschulgremien. Außerdem sollen Promotionen an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) durch Kooptierungen ihrer Professoren an Universitäten erleichtert werden. Ein weiteres wichtiges Anliegen der CDU-Fraktion wird ebenfalls umgesetzt: Die Konkretisierung des von Grün-Rot eingeführten politischen Mandats der verfassten Studierendenschaft. Sabine Kurtz machte in der 1. Lesung der Gesetzesänderung deutlich, dass sich die Studierendenvertretung nicht beliebig zu allgemeinpolitischen Themen äußern oder Aktionen finanzieren darf, sondern sich auf hochschulnahe Themen konzentrieren muss. In Einzelfällen hatte die bisherige Formulierung des Gesetzestextes zu Fehlinterpretationen und Missbrauch geführt. Anlass der Änderung des Hochschulgesetzes war ein Urteil des Landesverfassungsgerichts vom November 2016, die Wissenschaftsfreiheit der Hochschullehrerschaft besser abzubilden. Deshalb wird nun die Position der Professoren in den Hochschulen gegenüber den Rektoraten gestärkt und die Möglichkeit geschaffen, Rektoren abzuwählen. Ziel der Gesetzesnovelle ist es, dennoch starke und handlungsfähige Rektorate zu ermöglichen. Die Plenarrede von Sabine Kurtz zur 1. Lesung der Gesetzesänderung kann [hier](#) abgerufen werden.

## Politischer Aschermittwoch in Gäufelden mit Guido Wolf

Der traditionelle politische Aschermittwoch in Gäufelden ist auch in diesem Jahr sehr gelungen. Bei hausgemachtem Rindergulasch lauschten die rund 150 Gästen Rednern aus Bund und Land. Ein besonderer Dank gilt Justizminister Guido Wolf, der eine überzeugende Rede hielt. Darin sprach er über die kommenden spannenden Zeiten und die große Verantwortung der CDU. Auch auf das Thema Europa ging er ein und betonte dabei die Rechtsstaatlichkeit als Fundament der europäischen Union. Er forderte außerdem, dass der Schutz der Außengrenzen wieder zum Markenkern der CDU wird. Sabine Kurtz ging in ihrem Grußwort auf die Diskussion um das Landtagswahlrecht ein und erhielt für ihre Position viel Zustimmung von den Anwesenden. Sie sprach sich zudem für ein integrierendes Zusammenspiel von Land- und Forstwirtschaft und Naturschutz aus und forderte Respekt und Wertschätzung für die gesellschaftlich wichtige Leistung der Bäuerinnen und Landwirte.

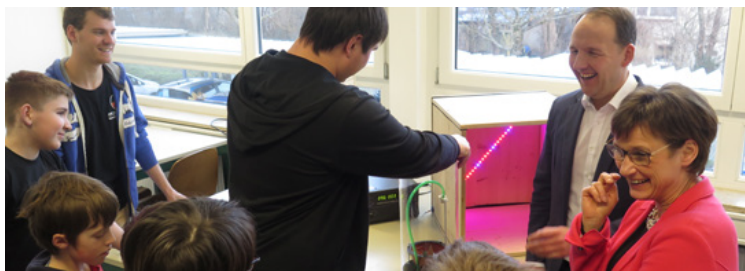


## Forschungsstandort in Renningen



Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Reinhart und den Mitgliedern des Arbeitskreises Wissenschaft, Forschung und Kunst besuchte Sabine Kurtz das Zentrum für Forschung und Vorausbildung der Robert Bosch GmbH in Renningen. Hier werden innovative Technologien sowie neue Systeme und Fertigungsprozesse entwickelt. Der Forschungscampus beeindruckt nicht nur durch die bemerkenswerte Architektur, sondern auch durch die vielfältigen Forschungsbereiche wie der Elektromobilität oder zum autonomen Fahren. Mit Vertretern des Weltkonzerns diskutierten die Besucher über aktuelle Themen in der Forschung und Entwicklung sowie die enge Vernetzung mit Partnern aus der Wissenschaft. Das Gespräch fand auf der Plattform 12 statt, einem großen Kreativbereich, mit dem das Unternehmen in Kooperation mit der Akademie Schloss Solitude ein innovatives Arbeitsumfeld geschaffen hat. Dort haben die Forscher und Entwickler Raum für Inspiration und neue Ideen. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

## Jugendliche für Technik begeistern



Im Aerospace Lab in Herrenberg lernen Schülerinnen und Schüler spielerisch und altersgerecht die faszinierende Welt der Naturwissenschaften und Technik kennen. Mit wie viel Begeisterung die Jugendlichen rund um das Themenfeld Luft- und Raumfahrt forschen und experimentieren, zeigte sich beim Besuch von Sabine Kurtz und dem Bundestagsabgeordneten Marc Biadacz. In den Werkstätten und Laboren des Jugendforschungszentrums stellten die Nachwuchsingenieure den beiden Politikern ihre spannenden Experimente und Teamprojekte vor. Die operative Leiterin Angie Voggenreiter und ihr Mann, der stv. Direktor Prof. Dr. Heinz Voggenreiter, erklärten das Konzept des Aerospace Labs. Die hochschulpolitische Sprecherin Sabine Kurtz freute sich besonders, dass bei den Jugendlichen auf diese Weise das Interesse für technisch-naturwissenschaftliche Ausbildungen und Studiengänge geweckt wird.

## Patenschaft für ein Lämmchen



Die Rückkehr des Wolfs beschäftigt weiterhin die Gemüter. Über die Situation der Schaf- und Weidetierhalter konnte sich Sabine Kurtz bei Karlheinz und Sabine Krüger aus Grafenau informieren, die den Landschaftspflegebetrieb „Krüger-Land“ betreiben. Beide pflegen im Nebenerwerb mit ihren rund 200 Schafen die umliegenden Streuobstwiesen, Wacholderheiden und verschiedene Weideflächen im Landkreis Böblingen. Damit tragen sie zur Offenhaltung und zur Vielfalt unserer Landschaft bei. Die Wiederansiedlung des Wolfs bereitet den Weidetierhaltern große Probleme, denn der Schutz der Schafsherden ist schwierig und aufwendig. Zusätzliche Ausgaben für einen effektiven Wolfsschutz können gerade kleinere Betriebe oft nicht stemmen. Im Gespräch ging es auch darum, was die Politik zum Schutz der Weidetierhaltung beitragen kann. Sabine Kurtz unterstützt den Wunsch der beiden Schafhalter, den Wolf in das Jagd- und Wildtiergesetz aufzunehmen, um ihn kontrolliert abschießen zu können. So kann der Wolfsbestand wirksam geregelt werden, ohne den Schutz der Art grundsätzlich infrage zu stellen. Denn der CDU ist es ein großes Anliegen, die starke Beweidungstradition im Land zu erhalten. Den ausführlichen Bericht zum Besuch gibt es [hier](#).

## Rollmops und Politik

Beim traditionellen Rollmopessen der CDU Gechingen/Ostelsheim am Ascherfreitag hielt Sabine Kurtz vor den rund 60 Gästen einen Vortrag zur Bedeutung des „C“ in der CDU. Die Landesvorsitzende des evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK)



betonte dabei die christliche Prägung unserer Werte und Kultur in Europa. Als unmittelbare Errungenschaften daraus führte sie die Menschen- und Freiheitsrechte an, die auch im deutschen Grundgesetz verankert sind. Sabine Kurtz hält es für wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft immer wieder darüber verständigen, welche Werte für sie wichtig sind. Den Parteien komme dabei eine Vermittlungsaufgabe zu. Sie müssen diese Werte in die Gesetzgebung und in staatliches Handeln überführen. Als aktuelle Beispiele beleuchtete sie die Wertediskussionen zu den Themen Ehe für alle, Sterbehilfe sowie Religions- und Ethikunterricht. Im Anschluss an den Vortrag wurde gemeinsam mit dem Publikum rege diskutiert.

## Besuch in Herrenberger Kitas

Gemeinsam mit den städtischen Mitarbeitern Johannes Roller und Stella Schwefer besuchte Sabine Kurtz einen Vormittag lang verschiedene Kindertageseinrichtungen in Herrenberg. Die Qualität der Einrichtungen ist vorbildlich – das wird durch die städtische Rahmenkonzeption sichergestellt. Auch die Umsetzung des Orientierungsplans für die 3-6-jährigen hat sich mittlerweile gut eingespielt. Die Bildungspolitikerin beeindruckte besonders das neue Bundesprojekt „Kita-Einstieg - Frühe Chancen“. Damit werden Kinder mit Fluchthintergrund an das deutsche Bildungssystem herangeführt. Eine große Herausforderung für die Kommunen ist weiterhin die Versorgung mit ausreichend Kita-Plätzen. Eine Aufgabe, die Herrenberg sehr ernst nimmt.



Nachdem Naturschützer dazu aufrufen, Wolfs-Pate zu werden, entschloss sich Sabine Kurtz stattdessen, eine Patenschaft für eines der kleinen Lämmchen zu übernehmen.

## Bibliotheken und Digitalisierung

Baden-Württemberg hat eine sehr breit gefächerte Bibliothekslandschaft. Dabei beschränken sich die Stadtbüchereien längst nicht mehr nur auf Lesefutter auf Papier. Die Digitalisierung schreitet auch hier voran: E-Books und weitere digitale Angebote wie Spiele sind mittlerweile selbstverständlich. Auch in den Universitätsbibliotheken ist der Anteil der digitalen Angebote inzwischen auf über 60 Prozent gewachsen. Und in der Württembergischen Landesbibliothek wurde bereits vor zehn Jahren eine Digitalisierungswerkstatt für Bibliotheksbestände eingerichtet. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind für die Langzeitarchivierung und den Schutz der Bestände äußerst wertvoll. Der Zugang wird erleichtert, gerade auch für Studierende und Wissenschaftler, die auf Fachpublikationen angewiesen sind. Dennoch ist die Digitalisierung für die Bibliotheken im Land auch mit großen Herausforderungen verbunden. Besonders die Fragen der Lizenzierung und des Urheberrechts beschäftigen die Landespolitik. Dass dabei auch die Belange der kleineren und mittleren Verlage im Blick behalten werden müssen, führte Sabine Kurtz in ihrer Rede im Plenum aus. Die Rede in voller Länge gibt es [hier](#).

## Wissenschaftsland stärken

Sabine Kurtz sieht im Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD große Chancen für die Wissenschaft in Baden-Württemberg. Im vergangenen September hatte der französische Präsident Emmanuel Macron die Gründung von Europäischen Universitäten vorgeschlagen. Im



Koalitionsvertrag wurde jetzt die Beteiligung Deutschlands an dieser Initiative vereinbart. Für die wissenschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion ist Baden-Württemberg der ideale Standort für eine europäische Hochschule in Deutschland, denn es liegt zentral und in der unmittelbaren Nähe zu Frankreich. Außerdem besteht bereits eine gute europäische Vernetzung der Wissenschaftsszene im Land. So gibt es im Hochschulbereich schon jetzt über 400 Kooperationen mit Frankreich. Beispiele dafür sind das Deutsch-Französische Institut für Umweltforschung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und das Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg. Vor dem Hintergrund will die Landesregierung die Hochschullandschaft am Oberrhein zu einer Europäischen Universität ausbauen. Mit dem Universitätsverbund „Eucor - The European Campus“ sind bereits die Weichen für die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit gestellt. Die bisherigen fünf Eucor-Hochschulen Basel, Freiburg, Mulhouse, Straßburg und das Karlsruher Institut für Technologie sollen dann noch enger zusammenarbeiten und gemeinsame Studienprogramme und Infrastrukturen aufbauen. Ebenfalls von Interesse wäre es für Baden-Württemberg, das im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ins Auge gefasste deutsch-französische Zentrum für Künstliche Intelligenz im Südwesten anzusiedeln.

## Gute Aussichten beim Straßenbau

Gleich zwei Straßenbaumaßnahmen stehen derzeit bei Sabine Kurtz ganz oben auf dem Programm. Zusammen mit dem Calwer Landtagsabgeordneten Thomas Blenke setzt sie sich seit längerem für die Sanierung der Landstraße 1358 zwischen Sulz am Eck und Kuppingen ein. Der Streckenabschnitt ist seit Jahren in einem desolaten Zustand und muss bei Starkregen regelmäßig wegen Überflutung gesperrt werden. Ein gemeinsamer Brief der beiden Abgeordneten an Verkehrsminister Winfried Hermann war erfolgreich. Aus der Antwort des Verkehrsministers geht hervor, dass der Sanierungsplanung zugestimmt wurde und jetzt die Voraussetzungen für die Sanierung geschaffen werden. Auch beim Lückenschluss bei Renningen, der Anbindung der B 464 an die B 295, gibt es Fortschritte. Bei einem Gespräch mit dem Verkehrsministerium, an dem auch Sabine Kurtz teilnahm, wurde vereinbart, dass die Planung und Vorbereitungen für den Lückenschluss zügig vorangetrieben werden. Mit dem Bau soll nach Abschluss des Ausbaus der A 81 zwischen Böblingen-Hulb und dem Kreuz Stuttgart begonnen werden. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

## Beauftragter für Antisemitismus

Mit großer Mehrheit hat der Landtag eine Resolution gegen Antisemitismus und Judenfeindlichkeit beschlossen. Gleichzeitig wurde die Landesregierung aufgefordert, einen Antisemitismusbeauftragten zu berufen. Bei der namentlichen Abstimmung dazu enthielten sich mehrheitlich die Abgeordneten der AfD. Aufgabenschwerpunkte des Beauftragten sollen die ressortübergreifende Koordination der Maßnahmen gegen Antisemitismus und die Sensibilisierung der Gesellschaft für aktuelle und historische Formen des Antisemitismus sein. Der Beauftragte soll auch als Ansprechpartner für die Belange jüdischer Gruppen und Organisationen dienen. Den Antrag hatten die Fraktionen Grüne, CDU, SPD und FDP gemeinsam eingebracht. Die Debatte zeigt einmal mehr, wie wichtig die Auseinandersetzung und das Erinnern an die Zeit des Nationalsozialismus ist. Im Kreis Böblingen leisten die KZ-Gedenkstätten in Leonberg und Gäufelden dazu einen äußerst wertvollen Beitrag.

## Neues Team im Büro in Stuttgart



Seit Januar ist das Team in meinem Stuttgarter Landtagsbüro neu aufgestellt. Meine langjährige Mitarbeiterin Isabell Rabe ist neue Büroleiterin und wissenschaftliche Referentin. Für die Terminkoordination und organisatorische Fragen steht Ihnen Maria Karfopoulou montags bis donnerstags an den Vormittagen gerne telefonisch zur Verfügung.